

# Umsatzsteuer-News

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aus der Gesetzgebung .....</b>	<b>2</b>
<b>Regierungsentwurf des „Jahressteuergesetzes 2019“</b>	
Das Jahressteuergesetz 2019 (eigentlich „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“) liegt jetzt als überarbeiteter Regierungsentwurf vor. ....	2
<b>Aus der Rechtsprechung.....</b>	<b>2</b>
<b>Zur Besteuerung der dem Provider verbliebenen Restguthaben</b>	
Der Bundesfinanzhof (BFH) rechnet Prepaid-Guthaben, die nach Sonderkündigung durch den Telekommunikationsanbieter nicht mehr zur Rückzahlung oder zur Übertragung auf eine andere SIM-Karte gelangen, als nachträgliches Entgelt auf eine vom Anbieter erbrachte Infrastrukturleistung an. ....	2
<b>Aus der Finanzverwaltung .....</b>	<b>4</b>
<b>BMF äußert sich zum Angebot eines sogenannten „Export Certificate“</b>	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) sah sich gegenüber einer Anzahl von Verbänden zu einem Hinweis veranlasst, dass die Finanzbehörden ein bestimmtes Verfahren, das dem Nachweis der Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen dienen soll, weder evaluiert noch allgemein anerkannt hätten.....	4
<b>Aus dem Ausland .....</b>	<b>4</b>
<b>USA: Illinois ändert Regelungen zu Fernverkäufen</b>	
Der Staat Illinois, der unter anderem die Stadt Chicago und den größten Teil ihrer Metropolregion umfasst, führt neue Regelungen für die Besteuerung von Fernverkäufern und von über elektronische Marktplätze abgewickelten Transaktionen ein. ....	4
<b>Ihre Ansprechpartner .....</b>	<b>6</b>
<b>Bestellung und Abbestellung .....</b>	<b>6</b>

# Aus der Gesetzgebung

## Regierungsentwurf des „Jahressteuergesetzes 2019“

**Das Jahressteuergesetz 2019 (eigentlich „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“) liegt jetzt als überarbeiteter Regierungsentwurf vor.**

Neben redaktionellen und einigen materiellen Änderungen enthält der neue Entwurf für die Umsatzsteuer vor allem die Implementierung des Art. 45a DVO in die Nachweisregelungen zur Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen. Das erfolgt „zum Zweck einer besseren Verständlichkeit“ und „einer besseren Rechtsanwendung“. Die bisher gewohnten, in der Praxis in den meisten Fällen deutlich besser zu handhabenden Nachweise bleiben daneben aber anwendbar. Was die neue Konsignationslagerregelung angeht, so wird nun explizit eine Vereinbarung über eine Lieferung an den Erwerber nach Ende des Transports der Liefergegenstände verlangt.

Weitere wichtige umsatzsteuerliche Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf von Anfang Mai 2019 sind zum Beispiel Änderungen bei der Steuerbefreiung medizinischer Dienstleistungen, verschiedene Klarstellungen bei der Anwendung des ermäßigten Steuersatzes auf elektronische Publikationen, eine (zeitlich begrenzte) Schwelle von 50 Euro für Ausfuhrlieferungen im persönlichen Reisegepäck und eine Verschiebung der Reform der Steuerbefreiung für Bildungsleistungen auf das Jahr 2021. Weitere Änderungen, Ergänzungen und Streichungen im Gesetzgebungsprozess sind nicht ausgeschlossen. Näheres können Sie Ausgabe 4 unseres Newsflashes *Umsatzsteuer aktuell* vom August 2019 entnehmen.

Fundstelle: **Referenten- und Regierungsentwurf** im Webauftritt des Bundesministeriums der Finanzen



# Aus der Rechtsprechung

## Zur Besteuerung der dem Provider verbliebenen Restguthaben

**Der Bundesfinanzhof (BFH) rechnet Prepaid-Guthaben, die nach Sonderkündigung durch den Telekommunikationsanbieter nicht mehr zur Rückzahlung oder zur Übertragung auf eine andere SIM-Karte gelangen, als nachträgliches Entgelt auf eine vom Anbieter erbrachte Infrastrukturleistung an.**

Die Klägerin erbrachte im Jahr 2007 (Streitjahr) unter anderem Telekommunikationsdienstleistungen auf der Grundlage sogenannter Prepaid-Verträge, die im Zugang zu ihrem Mobilfunknetz bestanden. Nach Aktivierung des Mobilfunkanschlusses konnte der Kunde sein – jederzeit wiederaufladbares – Prepaid-Guthaben für Leistungen der Klägerin (z. B. Telefonie, mobiles Internet) oder von Drittanbietern (z. B. Klingeltöne, Erwerb von Fahrkarten) einsetzen. Der Klägerin stand ein Sonderkündigungsrecht (offenbar) für den Fall zu, dass die Aktivität des Kunden auf Basis des Prepaid-Vertrags zu wünschen übrig ließ. Übte sie dieses Sonderkündigungsrecht aus, konnte sich der Kunde das Restguthaben erstatten lassen oder es auf eine neue SIM-Karte übertragen. Andernfalls buchte die Klägerin dieses Guthaben des Kunden in ihrer Handels- und Steuerbilanz erfolgswirksam aus, ohne es der Umsatzsteuer zu unterwerfen.

Der BFH war der Auffassung, dass die von der Klägerin eingezogenen Guthaben der Besteuerung zu unterwerfen waren. Insoweit liege ein nachträgliches Entgelt für die von der Klägerin erbrachte Möglichkeit zur Nutzung ihrer technischen Infrastruktur (Plattformleistung) vor. Die Klägerin habe ihren Kunden im Rahmen der Prepaid-Verträge unter anderem eine technische Infrastruktur (insbesondere in Gestalt eines Mobilfunkanschlusses und einer Rufnummer) zur Verfügung gestellt, den Kunden damit einen wirtschaftlichen Vorteil gewährt und mithin eine Leistung erbracht. Insbesondere seien die Kunden der Klägerin hierdurch mobil erreichbar gewesen. Diese Leistung, so der BFH, sei Teil des aus einem Leistungsbündel bestehenden Prepaid-Vertrags gewesen.

Dieser Leistungsbestandteil wurde freilich zunächst nicht gegen Entgelt erbracht, weil er nicht wie die einzelnen (aktiven) Telekommunikationsleistungen wie etwa Telefonie und SMS besonders bepreist war – schon weil die Kunden (anders als im Falle sogenannter Postpaid-Verträge) nur für die konkret in Anspruch genommenen, bepreisten Leistungen zahlen wollten. Die eingezogenen Guthaben waren auch nicht als Vorauszahlungen zu versteuern, weil es bei sogenannten Multifunktionskarten an einer bereits genau bestimmten, erst noch zu erbringenden Leistung eines bestimmten Anbieters fehlte. Bis eine konkrete Leistung in Anspruch genommen wurde, erfolgte lediglich ein nicht steuerbarer Zahlungsmitteltausch.

Nach Auffassung des BFH führten die endgültig nicht zurückgeforderten Restguthaben aus den Prepaid-Verträgen zu einem nachträglichen Entgelt für die Nutzung der von der Klägerin zur Verfügung gestellten Infrastruktur, die insbesondere die mobile Erreichbarkeit der Prepaid-Kunden ermöglichte. Das sah das Gericht als Erhöhung der Bemessungsgrundlage – offenbar – einer Leistung an, die bis dahin ohne gesondertes Entgelt erbracht worden war; die Einziehung des Restguthabens verglich der BFH mit einer Über- und Doppelzahlung, die gleichfalls zum Entgelt gehören. Im vorliegenden Fall sei die „Überzahlung“ der Infrastrukturleistung zuzuordnen, weil ein anderer Rechtsgrund für die Überzahlung nicht ersichtlich sei.

Das Urteil äußert sich nicht zu allen Aspekten des Falls. So bleiben einige Fragen offen, etwa zur (offenbaren) Einstufung der Infrastrukturleistung als unentgeltliche Wertabgabe. Auch unentgeltliche Wertabgaben unterliegen der Besteuerung. Dass eine Versteuerung während der Laufzeit gleichwohl hier anscheinend unterbleibt, kann unterschiedliche Gründe haben, auf die der BFH aber nicht eingeht. Es scheint auch, als gehe der BFH von der Vorstellung aus, dass die Infrastrukturleistung zunächst als unselbstständige Nebenleistung einzustufen gewesen sein könnte, die später – mangels einer an den (inaktiven) Nutzer erbrachten Hauptleistung – selbst zur Hauptleistung wurde. Der BFH äußert sich aber weder hierzu noch zu den genauen Voraussetzungen des Sonderkündigungsrechts, das er „aktivitätsorientiertes Deaktivierungsverfahren“ nennt. Es sollte ferner beachtet werden, dass der BFH eine Anzahlungsversteuerung ausschließt, weil es sich um Multifunktionskarten handelte. Daher könnte die rechtliche Beurteilung bei Einzwackguthabekarten abweichen. Bei der Anwendung des Urteils sollte zudem der Umstand beachtet werden, dass mit Beginn des Jahres 2019 die Besteuerung von Leistungen aufgrund von Gutscheinen eine besondere Regelung erfahren hat.

Fundstelle: BFH **XI R 4/17**, Urteil vom 10. April 2019

---

# Aus der Finanzverwaltung

## **BMF äußert sich zum Angebot eines sogenannten „Export Certificate“**

**Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) sah sich gegenüber einer Anzahl von Verbänden zu einem Hinweis veranlasst, dass die Finanzbehörden ein bestimmtes Verfahren, das dem Nachweis der Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Lieferungen dienen soll, weder evaluiert noch allgemein anerkannt hätten.**

Laut BMF bewirbt derzeit eine (nicht namentlich genannte) ausländische Firma ein von ihr entwickeltes elektronisches Verfahren namens „Export Certificate“ als Gelangensbestätigung für den Nachweis der Voraussetzungen für die Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen. Dabei werde angegeben, dass das Verfahren in Abstimmung mit den deutschen Landesfinanzbehörden entwickelt worden sei und die Firma mit den deutschen Landesämtern für Steuern und dem BMF in enger Abstimmung stehe. Diese Angaben hätten sich auch in Flyern und anderen Unterlagen gefunden, die offenbar zu Werbezwecken verwendet werden. Das BMF habe mit einem Hinweis reagiert, dass dieses Nachweissystem weder von Bund und Ländern evaluiert noch allgemein anerkannt wurde, und eine Richtigstellung gegenüber den Behörden und Institutionen gefordert. Daraufhin habe die Firma ihre Formulierungen angepasst, die aber – so das BMF – weiterhin eine Billigung des Nachweissystems durch die Finanzbehörden suggerierten.

Das BMF äußert in dem Schreiben die Befürchtung, dass Unternehmen im irrtümlichen Vertrauen auf ein durch die Finanzverwaltung zertifiziertes Nachweissystem das „Export Certificate“ in der Praxis anwenden, ohne zu prüfen, ob die Anforderungen an eine Gelangensbestätigung im Einzelfall tatsächlich erfüllt sind. Die Finanzverwaltung zertifiziere keine Nachweissysteme und beteilige sich auch nicht an ihrer Evaluation. Das Nachweissystem „Export Certificate“ sei nicht pauschal als Nachweis im Sinne des § 17a UStDV anzusehen, es bleibe dabei, dass im Einzelfall zu prüfen ist, ob es die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung erfüllt.

Fundstelle: BMF-Schreiben vom 15. Juli 2019, Gz. III C 3 – S 7141/12/10001-03

# Aus dem Ausland

## **USA: Illinois ändert Regelungen zu Fernverkäufen**

**Der Staat Illinois, der unter anderem die Stadt Chicago und den größten Teil ihrer Metropolregion umfasst, führt neue Regelungen für die Besteuerung von Fernverkäufern und von über elektronische Marktplätze abgewickelten Transaktionen ein.**

Ein Gesetzgebungspaket mit zahlreichen Einzelmaßnahmen sieht derzeit vor, dass Fernverkäufer (remote retailers, in Illinois in näher bestimmter Weise nicht ansässige Händler) vom 1. Juli 2020 an staatliche sowie lokal erhobene Retailers' Occupation Taxes aus dem Einzelhandel mit Abnehmern in Illinois schulden, wenn das Bruttoentgelt aus entsprechenden Verkäufen beweglicher Gegenstände (tangible personal

---

property) 100.000 US-Dollar übersteigt oder der Unternehmer sich zu mehr als 200 separaten Transaktionen verpflichtet hat. Sogenannte marketplace facilitators – gemeint sind Eigner oder Betreiber von elektronischen Marktplätzen sowie Zahlungs-dienstleister für Verkäufer, die an diesen Marktplätzen handeln – sollen bereits ab dem 1. Januar 2020 in die Pflicht genommen werden.

---

## ***Ihre Ansprechpartner***

Frank Gehring

*Frankfurt*

+49 69 9585-2771

[frank.gehring@de.pwc.com](mailto:frank.gehring@de.pwc.com)

Mónica Azcarate

*Frankfurt*

+49 69 9585-6111

[monica.azcarate@de.pwc.com](mailto:monica.azcarate@de.pwc.com)

Martin Diemer

*Stuttgart*

+49 711 25034-1258

[martin.diemer@de.pwc.com](mailto:martin.diemer@de.pwc.com)

Franz Kirch

*Köln*

+49 221 2084-459

[franz.kirch@de.pwc.com](mailto:franz.kirch@de.pwc.com)

## ***Bestellung und Abbestellung***

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an:

[SUBSCRIBE\\_Indirect\\_Tax\\_Information@de.pwc.com](mailto:SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com).

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an:

[UNSUBSCRIBE\\_Indirect\\_Tax\\_Information@de.pwc.com](mailto:UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com).

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© August 2019 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten. "PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.